

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Dezember 2017

SICHERUNG UND RENOVIERUNG DER GRUNDSCHULE OLSBRÜCKEN

Seit Jahren waren die Grundschülerzahlen in der VG Otterbach-Otterberg rückläufig. Das ging so weit, dass man um die Existenz so mancher Grundschule fürchten musste. Mittlerweile haben sich die Schülerzahlen aber erhöht, zumindest stabilisiert, und man prognostiziert für die nächsten Jahre eine Fortsetzung dieses Trends. Dies gilt auch für den Bereich der Grundschule Olsbrücken (ihr Einzugsbereich sind die Ortsgemeinden Olsbrücken, Frankelbach und Sulzbachtal). Die „Dorfschell“ sprach über die weitere Entwicklung der Grundschule Olsbrücken mit Bürgermeister Harald Westrich.

Dorfschell: Herr Bürgermeister: Wie ist die aktuelle Schülersituation in Olsbrücken?

Westrich: Momentan haben wir an der Grundschule Olsbrücken vier Klassen; d.h., in jeder Stufe eine Klasse. Wir hatten aber auch schon Zeiten, als die Schülerzahlen nur die Errichtung von drei Klassen erlaubten, also zwei Stufen in einer Klasse unterrichtet wurden.

Dorfschell: Wie sehen die Prognosen für die Schülerzahlen aus?

Westrich: An Hand der Anzahl der Kinder im Kindergarten bzw. die Anmeldezahlen für den Kindergarten rechnen wir 2018 mit 55 Schülern und 2019 mit 60 Schülern in der Grundschule. 2020 gehen die Schülerzahlen zurück auf 51 und 2021 auf 43 Schüler. 2021 kann man also vorübergehend auf drei Klassen absinken, was aber noch nicht sicher ist.

Dorfschell: Kann man also sagen, dass damit zumindest für die nächsten Jahre der Schulstandort Olsbrücken gesichert ist?

Westrich: Ja, das kann man. Wir gehen sogar aufgrund der vorliegenden Bevölkerungsdaten davon aus, dass der Schulstandort die nächsten 10 Jahre sicher ist. Alles weitergehende wäre Spekulation.

Dorfschell: Muss es vor dem Hintergrund dieser Schülerzahlenprognose bauliche Veränderungen geben?

Westrich: Nein. Da die Schule keine räumlichen Probleme mit den vier Klassen hat und wir darüber nicht hinausgehen werden, muss baulich nichts unternommen werden. Das heißt aber nicht, dass wir nicht doch bauen werden.



Dorfschell: Was meinen Sie damit?

Westrich: Wir wollen und müssen die Schule energetisch sanieren. Zu diesem Zweck wollen wir die Fenster und die Heizung austauschen sowie eine Wärmedämmung anbringen.

Dorfschell: Können Sie das bitte konkretisieren?

Westrich: Die Fenster stammen aus den Achtziger-Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Sie sind aus Energiesparsicht nicht mehr genügend. Ebenfalls kann man die Effektivität der Heizung deutlich verbessern. Und eine Wärmedämmung gehört heute einfach zu einem Energieeffizienzmanagement dazu. Aber: Wir wollen zunächst einen Energieberater einschalten, der zum Beispiel herausfinden soll, welche Art erneuerbarer Energien für das Heizungssystem in Frage kommt und was darüber hinaus an der Heizung verbessernd getan werden kann.

Dorfschell: Wollen Sie bei der Wärmedämmung an die Fassade heran?

Westrich: Nein, auf keinen Fall. Denn die Fassade mit ihren Sandsteinelementen prägt einfach so positiv das Bild des Schulgebäudes, als dass wir da nicht eingreifen wollen. Im Inneren kann man aber dämmen: Den Dachraum, die Wände, die Kellerdecke und manches mehr. Schon allein dadurch kann man eine Menge Energie sparen. Weitergehend wollen wir etwas für den Schallschutz tun und auch an den Treppen erneuern.

Dorfschell: Wie sieht der weitere Ablauf und der Zeitplan aus?

Westrich: Im Jahre 2018 wollen wir zunächst die Einzelheiten prüfen, in die Detailermittlung gehen und danach in die Planung. Im Sommer 2018 kann dann die Angelegenheit dem Verbandsgemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. 2019 könnte sodann gebaut werden. Dies hängt aber auch von Zuschüssen ab.

Dorfschell: Und wie sieht es allgemein in der Verbandsgemeinde mit den Schulen aus?

Westrich: Wir bemühen uns alle Schulstandorte in der Verbandsgemeinde zu erhalten, wobei jede Schulsituation natürlich für sich betrachtet werden muss. Ich bin da aber guten Mutes.

Dorfschell: Herr Bürgermeister: Herzlichen Dank für die guten Nachrichten für die Grundschule Olsbrücken. Möchten Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Zusammenhang noch etwas mitteilen?

Westrich: Ja gerne! Wir wären froh, wenn viele Eltern von dem Angebot der Nachmittagsbetreuung Gebrauch machen würden. Wir würden diese gerne bis 16.00Uhr einrichten. Wir brauchen aber pro Schule mindestens **acht** Teilnehmerinnen/Teilnehmer, sonst ist es wirtschaftlich nicht darstellbar bzw. für die Eltern zu teuer. Also liebe Eltern: Bitte überlegen Sie, ob ihr Kind nicht am Ganztagsangebot teilnehmen kann!

NEUES AUS FRANKELBACH

In diesem Teil der Ausgabe wird die „Dorfschell“ künftig Aktuelles oder für die Zukunft Wichtiges aus Frankelbach mitteilen, natürlich nur insoweit als es etwas Neues gibt und die „Dorfschell“ das erfahren hat. Diesmal können wir vier Aktionen bekanntgeben:

1. Am Gemeindehaus in der Schulstraße ist es in der Vergangenheit am Treppenaufgang zu den Wohnungen zu Frost- und Wasserschäden gekommen. Durch undichte Stellen dringt Wasser in den Unterbau ein, was auch zu Wasserschäden in der Küche des Gemeindehauses führt. Auch gab es an der Treppe Fliesenschäden, auch durch frostbedingte Abplatzungen hervorgerufen. Nunmehr hat man sich seitens der Ortsgemeinde entschieden, das Problem endgültig anzugehen. Man will den Treppenaufgang überdachen, indem auf Eisenstützen ein Dach über den Aufgang installiert wird. Der Auftrag für diese Arbeiten ist bereits vergeben. Die Arbeiten sollen noch vor der kalten Jahreszeit erledigt werden.

2. Die Laterne am Grubenhof leuchtet nicht genügend den Hof- und Zugangsbereich des Anwesens Lorch aus. Allerdings gibt es auf dem Dach des Buswartehäuschens einen weiteren Leuchtkörper, der mit einem überirdischen Kabel mit der Großen Laterne verbunden ist. Zukünftig soll nun der Leuchtkopf der großen Laterne erneuert werden und die Leuchtkraft verstärkt werden. Wenn das Brückenbauwerk über

den Frankelbach auf der Kreisstraße zwischen den Anwesen Lorch und Theisinger repariert wird, soll im Zuge dieser Arbeiten das Stromkabel unterirdisch verlegt werden.

3. Am Spielplatz sind in jüngerer Zeit schon einige Holzspielgeräte saniert oder ersetzt worden. Weiteres wird im nächsten Frühjahr noch geschehen müssen. Dabei soll auch ein neuer Fallschutz angebracht werden und der Sand ausgetauscht werden.

4. Auf die Grillhütte am ehemaligen Bolzplatz soll das Blechdach aufgesetzt werden, so dass die Hütte unter Dach ist. In die Hütte wird eine offene Feuerstelle fürs Grillen eingebaut werden, über die eine Esse für den Rauchabzug installiert werden soll. Für diese Esse hat ein Frankelbacher Bürger mittlerweile seine Beteiligung zugesagt. Die Maurerarbeiten sind von den jungen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr vorgenommen worden. Dieses Engagement sowie auch die Beteiligungsbereitschaft des Frankelbacher Bürgers sind ein weiterer Beweis für den erstarkten Bürgersinn in Frankelbach.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD ist hin-und hergerissen. Was tun in dieser schwierigen Situation? Dabei sah es anfänglich nach der Bundestagswahl so klar aus: Der Wähler hat uns kräftig gebeutelt, wir haben ca. 20% unserer Stimmen aus der letzten Wahl verloren, der Wähler will die Große Koalition nicht (CDU und CSU haben noch kräftiger verloren), also ab in die Opposition. Dort begleiten wir die neue Regierung aus Union, FDP und Grünen kritisch und stellen uns in den nächsten Jahren neu auf. Ein korrektes und nachvollziehbares Verhalten.

Aber dann Schillers Wort: „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten“. Die so oft besprochene, beschworene und gewünschte Jamaikakoalition kam wider Erwarten nicht zu Stande, weil die FDP sich in die Büsche schlug. Und nun steht Deutschland ohne Regierung da. Die Bundeskanzlerin hat eine Regierungsbildung nicht geschafft und muss nun ihr eigenes Wort fressen, als sie nämlich die SPD als nicht regierungsfähig bezeichnete. Was tun?

Für die SPD ist dies eine ausgesprochene brenzlige, sogar schon dramatische Situation. Eigentlich müsste sie aus ihrem Parteiinteresse in die Opposition und sich neu aufstellen. Andererseits könnte man von ihr Staatsräson verlangen, nämlich dazu beizutragen, dass Deutschland wieder eine Regierung bekommt, weil es die anderen nicht geschafft haben. Das Für und Wider ist atemberaubend.

Neuwahlen: Auf den ersten Blick ein einleuchtender Gedanke. Der Wähler soll entscheiden, was er will. So kann man Demokratie verstehen. Aber: der Wähler hat am 24. September entschieden, was er wollte. Keiner weiß, ob bei einer Neuwahl ein nennenswert anderes Ergebnis herauskäme, als es jetzt vorliegt. Was dann? Also: Neuwahlen sind einerseits eine Hinwendung zum Souverän, dem Wähler, andererseits eine Verneinung des vorliegenden Wahlergebnisses und risikobehaftet.

Tolerierung einer Minderheitsregierung der Union: Für die SPD läge der Vorteil darin, dass

sie ihr Wort, in die Opposition zu gehen halten könnte und nicht in die ungeliebte Große Koalition gehen müsste. Andererseits wäre sie indirekt auch an der Regierung beteiligt, nämlich indem sie zu den einzelnen Gesetzesvorlagen der Regierung Stellung beziehen müsste, entweder ja oder nein sagen müsste. Dabei könnte sie noch nicht einmal entscheiden, was dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird, weil sie nicht an der Regierung beteiligt wäre.

Große Koalition: Diese hätte eine ausreichende Mehrheit im Parlament und die SPD könnte ihre Themen zum Gegenstand der Regierungsentcheidung und wegen der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse zur Entscheidung des Bundestags machen. Aber: der SPD ist als Juniorpartner in der Vergangenheit die Große Koalition nicht gut bekommen. Der Wähler hat das Durchsetzen vieler sozialdemokratischer Ideen nicht honoriert. Außerdem hat als Regierungsmitglied die SPD es bei einer inhaltlichen Neuorientierung schwer.

Wie man sieht, ist für die SPD eine Situation entstanden, die man, etwas überzogen formuliert, mit dem griechischen Wort Dilemma bezeichnen kann. Es ehrt die SPD, dass sie sich dennoch, allerdings nach einigem Zögern, nicht verweigert, während andere politische Kräfte abgetaucht sind. Welches Ergebnis am Ende stehen wird, ist zurzeit nicht zu sagen. Sagen kann man aber, dass es ein demokratisches Ergebnis sein wird. Denn am Ende werden die SPD-Mitglieder mit ihrer Mehrheit entscheiden, was die SPD tun soll. Bei welcher anderen politischen Gruppierung findet man so viel politische Demut der Parteiführung? Egal wie es ausgeht: Es ist eine spannende Situation und gibt letztlich den SPD-Mitgliedern die Entscheidung in die Hand.

30 KM/H-BEGRENZUNG FÜR DIE WÖRSBACHER STRAßE

Seitdem die K28 (Wörsbacher Straße) neu ausgebaut worden ist, gibt es Probleme mit dem Straßenverkehr. Es wird zu schnell gefahren, große LKW fahren durch die Wörsbacher Straße und besonders an der Straßenverengung ist es für Fußgänger nicht ungefährlich. Ganz zu schweigen von dem Verkehrslärm, der beachtlich zugenommen hat. Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen und um Abhilfe einzufordern, hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Sie ist im Wesentlichen erfolgreich gewesen.

Zunächst haben sich der Landesbetrieb Mobilität (LBM), der Bürgermeister der VG Otterbach-Otterberg Harald Westrich, der Ortsbürgermeister von Olsbrücken, der Ortsgemeinderat von Olsbrücken und die politischen Gruppierungen in Olsbrücken (siehe u.a. die Unterstützungsäußerungen der SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat Olsbrücken und des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach in der Oktoberausgabe der „Dorfschell“) des Problems angenommen. So ist es zu einer sogenannten „Verkehrsschau“ an der Wörsbacher Straße gekommen (eine Verkehrsschau ist eine Verkehrsbeobachtung und –untersuchung vor Ort). Auf der Basis der dabei getroffenen Feststellungen hat Bürgermeister Harald Westrich entschieden:

Es wird auf der Wörsbacher Straße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für den Bereich zwischen der Einmündung der Straße Am Kirschgarten und der Einmündung der Bachstraße eingeführt.

Auf diese Art und Weise sollen sowohl die Verkehrssicherheit erhöht als auch der Verkehrslärm gedämpft werden. Natürlich wird man die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung durch Geschwindigkeitskontrollen überprüfen müssen, damit die 30 km/h-Beschränkung nicht einfach ignoriert wird.

Außerdem ist es notwendig, die Fußgänger auf dem Bürgersteig zu sichern, indem man an den gefährlichen Engstellen zur Straße hin Poller einbaut. Dadurch kann man mehr Sicherheit insoweit erreichen, als Autos nicht auf den Gehweg geraten. Allerdings haben die Besprechungen ergeben, dass zum Fahrbahnrand mindestens ein Abstand von 30 Zentimetern für das Anbringen der Poller eingehalten werden muss. Ansonsten wäre die Gefahr von Kollisionen der Autos mit den Pollern zu groß. Das Einlassen

dieser Begrenzungspfosten ist Aufgabe der Ortsgemeinde Olsbrücken. Der Gemeinderat und alle politischen Gruppierungen in Olsbrücken neigen zu dieser Lösung. Denn damit wird die Sicherheit der Fußgänger erhöht.

Was nicht zu realisieren ist, ist eine tatsächliche Verhinderung des LKW-Verkehrs in der Wörsbacher Straße. Dafür gibt es rechtliche Gründe und praktische Kontrollschwierigkeiten.

Fazit: Der Einsatz der Bürgerinitiative, gestützt von den politisch Verantwortlichen, hat Erfolg gehabt, und es ist Positives für die Bürgerinnen und Bürger herausgekommen.

Wir wünschen allen
Bürgerinnen und Bürgern
Frohe Weihnachten
und einen guten Rutsch
ins Neue Jahr!

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

**Auflage dieser Ausgabe: 660
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**